



Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstand des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Zuwanderungsdebatte: Rasch klare Regeln für den Sozialleistungsbezug schaffen

Wieder einmal ist eine Debatte um Zuwanderungen in Deutschland entbrannt. Hintergrund sind Zuzüge ethnischer Gruppen aus Bulgarien und Rumänien in alte Industrieregionen insbesondere in Stadtquartiere, die zur Verslumung tendieren. Teile der Bevölkerung befürchten, dass mit der gerade hergestellten gänzlichen Freizügigkeit für Arbeitnehmer nun vermehrt Personen aus diesen Ländern zuziehen und die Sozialsysteme belasten werden, da sie wegen unzureichender Qualifikation schwer einen Job finden können. Mitunter wird sogar unterstellt, dass sie gar keine Arbeit suchen, sondern nur den Bezug von Sozialleistungen anstreben. Völlig abwegig ist diese Ansicht nicht, denn Arbeitsuchende müsste es eigentlich nach Regensburg oder Ravensburg ziehen, wo Vollbeschäftigung herrscht, und nicht in Städte mit hoher Arbeitslosigkeit wie Duisburg oder Berlin. Freilich spielen auch soziale Bindungen bei der Ortswahl eine Rolle.

Solchen Befürchtungen wird entgegengehalten, dass die bisher Zugezogenen überwiegend qualifiziert seien; viele hätten sogar einen Hochschulabschluss. Das stimmt. Erwähnt werden sollte aber auch, dass von den in den letzten Jahren aus Bulgarien und Rumänien Zugezogenen etwa 40 Prozent überhaupt keine Berufsausbildung haben – ein etwa vier Mal so hoher Anteil wie unter den Deutschen. Überdies wird angeführt, dass die meisten Zuwanderer einen Job gefunden hätten, Steuern und Abgaben zahlten und deshalb in volkswirtschaftlicher Hinsicht ein Gewinn für Deutschland seien. Wenngleich auch ihre Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie der Durchschnitt ist, hat doch tatsächlich die Mehrzahl der zugewanderten Bulgaren und Rumänen einen Job. Das als volkswirtschaftlichen Gewinn zu verbuchen, ist allerdings sehr gewagt. Denn auf dem deutschen Arbeitsmarkt zeigt sich eine erstaunliche Entwicklung: Obwohl die Zahl der Beschäftigten steigt, sinkt die Arbeitslosigkeit nicht – das

Erwerbspersonenpotential wächst vor allem wegen vermehrter Zuwanderungen. Es wäre gewiss kein geringerer gesamtwirtschaftlicher Gewinn, wenn Arbeitsplätze mit Personen aus dem heimischen Arbeitskräftereservoir besetzt worden wären; das hätte oft sogar noch Sozialausgaben gespart.

Ein offener Arbeitsmarkt ist ein konstitutiver Bestandteil eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes wie der EU und kann allen Mitgliedstaaten nutzen. Anzeichen dafür, dass es nun zu einem Ansturm auf die deutschen Sozialsysteme kommt, gibt es bisher nicht. Auszuschließen ist eine vermehrte Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Zuwanderer angesichts des riesigen Einkommensgefälles zwischen Deutschland und den 2007 der EU beigetretenen Staaten allerdings auch nicht. Der dortige monatliche Durchschnittslohn liegt netto und um Kaufkraftunterschiede bereinigt bei etwa 600 Euro und somit unter den Hartz-IV-Leistungen. Wegen der wachsenden Skepsis in der Bevölkerung und angesichts der Belastungen infolge der zu großen Teilen verfehlten Einwanderungspolitik vergangener Jahrzehnte muss die Politik prophylaktisch für klare Regelungen sorgen, unter welchen Bedingungen der Bezug von Sozialleistungen für Immigranten möglich ist. Er sollte nicht attraktiver als in vergleichbaren Staaten gestaltet sein. Dies gilt auch für die Bezugsdauer, die anderswo beschränkt ist. Die politischen Entscheidungsträger sind jedoch in eine Starre verfallen und warten auf ein noch ausstehendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Rasche nationale Regelungen sollten gleichwohl möglich sein und könnten helfen, das um sich greifende Richterrecht einzudämmen. Aussitzen hilft indes Niemandem – am wenigsten den gut qualifizierten Zuwanderern aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, die einen Job suchen und Gefahr laufen, wegen unterstellter anderer Motive argwöhnisch beäugt zu werden. Sie könnten deshalb einen Bogen um Deutschland machen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Malte Rieth

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.